

# Mastställe: Teilerfolg für Gegner

Der Erörterungs-Termin für das Bauvorhaben eines Bockhorster Landwirtes am Donnerstag in Meppen wird wiederholt. Das Konzept muss überarbeitet werden.

Von Christine Schneider-Berents

MEPPEN/SURWOLD. Die Pläne für zwei von dem Landwirt Klaus Lind an der Dorfstraße in Bockhorst geplante Hähnchenmastställe für jeweils 42 000 Tiere müssen überarbeitet und noch einmal beraten werden. Erst dann kann über ihre Genehmigung entschieden werden. Das Baukonzept und auch das von der Zech Industriegesellschaft für Immissionschutz und Bauphysik in Lingen erstellte Umweltverträglichkeitsgutachten sind unvollständig. Das ist ein Ergebnis des Erörterungs-Termins, zu dem die emsländische Kreisverwaltung am Donnerstag den Antragsteller, die Gemeindevertreter und die Bedenkenträger nach Meppen eingeladen hatte. Rund 50 Bockhorster, allesamt entschiedene Gegner der Mastställe, waren mit dem Bus angereist. Da derzeit im Kreishaus gebaut wird, fand der Termin in der Au-

la des Ludwig-Windhorst-Gymnasiums statt. Die Zusammenkunft unter Leitung von Egbert Wellmer vom Fachbereich Recht der emsländischen Kreisverwaltung wurde wegen vieler ungeklärter Fragen zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt vorzeitig abgebrochen. Außerdem endete die Sitzung frühzeitig, weil der Antragsteller Änderungen technischer Art am bisher geplanten Abluftsystem vorgenommen hatte und die Behörde und die Einwender noch keine Gelegenheit hatten, sich damit zu befassen. Die entsprechenden Unterlagen lagen erst am Tag vor dem Erörterungs-Termin im Kreishaus vor. Ein Datum für eine erneute Zusammenkunft steht noch nicht fest.

„Es könnte sein, dass sich das Vorhaben in Bockhorst zu einem Präzedenzfall entwickelt“, sagte Holger Albers nach der Sitzung. Der 43-Jährige ist einer der Nachbarn des Bauern Lind und Mitglied der Anlieger-Initiative Nordhümmling. Dabei handelt es sich um

**„Es könnte sein, dass sich das Vorhaben in Bockhorst zu einem Präzedenzfall entwickelt“  
Holger Albers**

## Forderung an die Gemeinde

Angesichts der vielen ungeklärten Fragen sollte die Gemeinde Bockhorst ihre Haltung gegenüber dem Bau der Hähnchenmastställe an der Dorfstraße kritisch überdenken, lau-



Einige Maststallgegner nach dem Verlassen des Busses, mit dem sie am Donnerstag zum Erörterungstermin nach Meppen gefahren waren. Bild: Schomakers

eine von Einwohnern der Gemeinde Börgerwald gegründeten Bürgerinitiative, die gegen den Bau von sechs Hähnchenmastställen in ihrem Ort protestiert.

Dass der Bockhorster Fall von großer Bedeutung für alle Maststallgegner sein könnte, schlussfolgert die Bürgerinitiative aus den Ausführungen des Rechtsanwaltes Peter Kremer aus Berlin. Der Fachanwalt für Verwaltungs- und Umweltrecht befasst sich im Auftrag der Naturschutz-

verbände Nabu Emsland/Grafschaft Bentheim und BUND Emsland mit den Plänen des Landwirtes Lind. Das bisher vorgelegte Gutachten berücksichtige beispielsweise nur eventuelle Geruchsbelästigungen, die von den Ställen ausgehen könnten. Es lasse völlig außer Acht, ob die Umwelt (Luft, Boden und Grundwasser) und damit auch die Gesundheit der Bevölkerung von Feinstäuben und Ammoniak negativ belastet werde. Über Bioaeroso-

le sei in den Antragsunterlagen gar nichts zu lesen. Dabei handle es sich um Partikel biologischer Herkunft wie Pilze, Bakterien und auch Viren, die unter anderem mit der Abluft aus Mastställen in die Umwelt gelangten. Durch sie könnten beim Menschen Atemwegserkrankungen und Allergien hervorgerufen werden.

Unvollständig seien unter anderem auch die Angaben zum Brandschutz. In den Unterlagen sei nur von Feuerlöschern die Rede. Dabei schreibe das Baurecht vor, dass es möglich sein muss, Tiere im Brandfall zu retten. So, wie die Hähnchenmastställe in Bockhorst geplant seien, sei das aber nicht möglich. „Dabei gibt es Ställe, deren Wände im Notfall hochgefahren werden können, so dass die Tiere ins Freie laufen können“, erklärt Kremer. Er sagt: „Der Klärungsbedarf ist noch groß.“

tet eine Forderung der Anlieger-Initiative Nordhümmling und der Umweltverbände Nabu und BUND. Die Gemeinde müsse hinsichtlich der geänderten Unterlagen erneut beteiligt werden. Die Bürgerinitiative fordert die Gemeindevertreter auf, die Bevölkerung in die

Debatte über die Mastanlage einzubeziehen, sich zu informieren und sodann auf dieser fundierten Grundlage eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Für Rückfragen könne man sich ja an den Berliner Rechtsanwalt Peter Kremer (Telefon 030/28876783) wenden.